

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

9.6.1912 (No. 155)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 155

Sonntag, den 9. Juni 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofür auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einkaufsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Anverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 28. Mai 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Schirmmann Karl Verlinghof in Heidelberg die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 28. Mai 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Wagenaufschreiber Joseph Volk in Mannheim die silberne Verdienstmedaille zu verleihen.

Namensänderung.

Der Name der nachstehenden Person ist wie folgt geändert:

Karl Georg Kopf, geboren am 3. Februar 1892 in Dinglingen, Mechaniker in Dinglingen, in Schmidt.
Karlsruhe, den 3. Juni 1912.

Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Der Ministerialdirektor.

Hübisch.

Großh.

Die Vorbereitung zum höheren öffentlichen Dienst im Hochbauamt betr.

Die Anmeldungen zu der nächsten Staatsprüfung im Hochbauamt sind spätestens bis Ende August d. J. mit den in § 8 Absatz 1 der landesherrlichen Verordnung vom 10. Oktober 1906 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 511) bezeichneter Angaben und Nachweisen bei uns einzureichen, worauf über die Zulassung entschieden wird.

Karlsruhe, den 4. Juni 1912.

Großherzogliches Ministerium der Finanzen.

Der Ministerialdirektor:

Schellenberg.

Haft.

Nicht-Amtlicher Teil.

Politische Wochenrückblicke.

Mehrere preussische Minister wurden in letzter Zeit in die Wüste geschickt oder als amtsüdi erklärt. Der Kriegsminister von Heeringen sollte, so hieß es, durch einen Offizier, der gegenwärtig Generalleutnant ist, ersetzt werden, und auch mit dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer beschäftigt man sich gleichsam als mit einem Moriturs. Wenn man den Quellen dieser Darstellungen nachging, so traf man diesmal nicht auf liberale Organe, sondern auf solche des Zentrums. Da sowohl der preussische Kriegsminister als der Landwirtschaftsminister, der eine im Reichstag, der andere im preussischen Abgeordnetenhaus, rednerisch Zusammenstöße mit der Zentrumsparthei gehabt hatte, rundete sich das Bild und es lag nahe, eine bewußte Absicht zu vermuten. Wir möchten uns die Vermutung nicht zu eigen machen, immerhin war der Vorgang bemerkenswert. Die Gerüchte selbst sind inzwischen verstummt.

Eine wertvolle Bestätigung und Befräftigung hat das Verhalten der deutschen Kolonialverwaltung in der Frage der Mischehen, dem die Reichstagsmehrheit leider nicht zugestimmt hat, durch die Hamburger Tagung der Deutschen Kolonialgesellschaft erfahren. Ein Pfarrer begründete in längerer Rede die Forderung des Verbots der Mischehen und eine entsprechende Resolution wurde angenommen. Besonders eindrucksvoll scheinen die Darlegungen des Bürgermeisters Kühl-Büdeburg und des Präsidenten der Kolonialverwaltung Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg-Schwerin gewesen zu sein, während ein Antrag, der das gesetzliche Verbot für überflüssig erklärte, da die Ehen zwischen Weißen und Eingeborenen in unseren Kolonien überaus selten seien, lebhaftem Bedauern begegnete. Aus den Darlegungen des Präsidenten Herzogs Johann Albrecht seien die folgenden Sätze nach einem Bericht, den wir in den Blättern finden, wiedergegeben: Von der Reinheit der Rasse hängt die Herrschaft in unseren Kolonien ab. Der eine

Fall, wo eine weiße Frau so geschmacklos ist, sich an einen Schwarzen wegzuworfen, zum Hohn und Spott selbst der schwarzen Frau, genügt, um das Ansehen der deutschen Frau dort draußen zu erschüttern; denn es bringt die weiße Frau auf den Standpunkt der Konkubine. Wenn der Staat einen solchen Zustand bestehen läßt, so muß das Vorkommen eines solchen Falles die ganze Nation beleidigen. (Stürmischer Beifall.) Es ist gewiß sicher, daß es sehr interessante Mischlinge gibt, auch daß ein solcher interessanter schöner Mischling auf die Phantasie einer weißen Frau einen Reiz ausüben kann. Da will ich nur auf Othello verweisen. Hier hat der Dichter alle Phasen des Mischlings geschildert, von dem bezaubernden Mann und der berauschten Frau bis zu der Bestie, die schließlich doch herauskommt. Ich verweise auf Niederländisch-Indien. Dort hat die Geistesgeschichte seit hundert Jahren solche Ehen legalisiert. Der Weiße blüht auf diese Mischlinge mit Verachtung und Widerwillen, der anständige Eingeborene blüht ebenfalls mit allerding verdeckter Verachtung auf sie. Draußen muß sich der Holländer ja in die Zwangslage finden, zu Hause aber sucht er sich von ihnen fernzuhalten. Aber sie dringen immer mehr ein, selbst bis in die höchsten Stellen, und die reine Germanenrasse der niederländischen Holländer wird durch dieses nicht immer gute dunkle Blut vermischt, und in wenigen Generationen wird es in Holland so sein wie in Indien. Das wollen wir nicht, wir wollen rein bleiben. (Stürmischer Beifall.) In Deutschland schadet ein einzelner Mischling nicht, er wird in dem großen Volkskörper aufgesogen, aber in den Kolonien schadet er dem Ansehen des Serrenvolkes furchtbar, wenn er als Deutscher dort angesehen wird. Die deutsche Frau leidet ungeheuer seelisch darunter, daß das Mischlingskind ihr gleichgeachtet werden soll. Das seelische Empfinden der Frau sollten wir doch nicht unbeachtet lassen. (Stürmischer Beifall.) Es kommt mir komisch vor, daß wir Deutschen die Gesetze vom grünen Tisch aus machen wollen, die die Leute draußen ausbaden müssen. (Erneuter stürmischer Beifall.) Dieses ist doch ein Gesetz, das zum Selbstverwaltungskörper in den Kolonien gehört. Unseren Pionieren draußen und dem gesunden Sinn der Anwohner können wir überlassen, das Richtige zu treffen: Der Deutsche verkehrt nicht mehr mit dem, der sich wegwirft, und das Produkt gehört den Eingeborenen, wohin der Vater sich auch selbst verabgesetzt hat. (Stürmischer Beifall.) Bleiben wir bei unserem alten Standpunkt. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Nicht ganz verständlich sind Äußerungen, die der ehemalige Reichstagsabgeordnete Arning auf der Tagung der gleichen Gesellschaft über den deutsch-französischen Novembervertrag gemacht hat. Ihm werden folgende Äußerungen in den Mund gelegt: „Durch den Kongovertrag werden wir nicht in höherem Maße als bisher an das Kongogebiet angeschlossen sein. Wir hatten auch schon früher Zugang zum Kongo durch den Sangha. Die dem Ubangifluß vorgelagerten Inseln bleiben französisch. Das hat man mir auf meine Anfrage seitens der Regierung zugeben müssen, und zwar erst, nachdem ich erklärt hatte, daß ich sonst zu Protokoll geben werde, daß man mir die Auskunft verweigert habe.“ Es ist nicht ersichtlich, auf welche Vorgänge und Mitteilungen der Redner anspielt. Sollte er die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags vom vorigen Jahre im Auge haben, so dürfte er sich im Irrtum befinden. Damals ist nicht erklärt worden, daß die Inseln im Stromen den Franzosen verblieben. Die Regierung hat sich vielmehr dahin ausgesprochen, daß die Frage des Besitzes der Inseln ihrer Ansicht nach gemäß den völkerrechtlichen Grundsätzen — also Mitte des Flusses Grenzlinie — entschieden werden müsse und daß die endgültige Regelung durch die künftigen Verhandlungen gefunden werden solle. Von französischer Seite ist eine andere Auffassung geltend gemacht worden; es besteht also bisher ein Widerstreit der Meinungen. Am 15. Juni soll nun zunächst die deutsch-französische Kongo-Kammer-Kommission in Bern zusammentreten. Die Aufgabe der Kommission wird sein die Vorbereitung der Grenzfestlegung der abgetretenen Gebiete, die Festlegung von Normen für ihre demnächstige Besitzübergabe und die Ausarbeitung der in dem deutsch-französischen Vertrage vorgesehenen Vereinbarung über die Konfessionsgesellschaften. Die Arbeiten der Kommission tragen einen vorbereitenden

(Mit einer Landtagsbeilage.)

Charakter und bedürfen der Genehmigung der beiden Regierungen.

Leider sind in der italienischen Kammer die falschen Behauptungen, die der Abg. Barzilai gelegentlich einer Interpellation über das Verhalten des deutschen Konsuls in Smyrna gegenüber ausgewiesenen Italienern aufgestellt hat, und die Anschuldigungen, die der Abgeordnete wegen angeblich ungenügenden Schutzes der Italiener in der Türkei durch die deutschen diplomatischen und konsularischen Vertreter erhob, nicht sofort zurückgewiesen worden. Der Unterstaatssekretär Fürst di Scalea wollte, so wurde auf italienischer Seite zur Erklärung gesagt, nicht gegen die vom Ministerpräsidenten aufgestellte Regel verstoßen, über Fragen, die mit dem Krieg zusammenhängen, keine Erörterungen zu pflegen. Man kann aber sicher sein, daß, wenn der Fall umgekehrt gelegen hätte und im deutschen Reichstage unbegründete Anklagen gegen Organe der italienischen Regierung gerichtet worden wären, von amtlicher Stelle aus Verwahrung eingelegt wäre. Die amtliche Untersuchung hat inzwischen ergeben, daß die Behauptungen Barzila's völlig unzutreffend waren.

Die Entwicklung der Dinge im christlichen Gewerkschaftsstreit hat der von uns vor einer Woche geäußerten Ansicht, daß die Gewerkschaften nicht so ohne weiteres nachgeben werden, Recht gegeben. Die Erklärung, die der Gesamtverband des Verbandes christlicher Gewerkschaften am 3. d. M. veröffentlicht hat, nennt die Agitation der „Berliner“ ein „einzig großes Fiasko“ und betont, daß noch nie das Oberhaupt der katholischen Kirche über Wesen und Charakter der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands schmällicher hintergangen und getäuscht worden sei, wie in der „Suldigungsadresse“ der „Berliner“, sie sei die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzuges des Berliner Verbandes gegen die christlichen Gewerkschaften. Dagegen erheben die christlichen Gewerkschaften den schärfsten Protest. Die Erklärung der „Kölner“ läßt keinen Zweifel darüber, daß man entschlossen ist, trotz der päpstlichen „Mißbilligung“ den gewerkschaftlichen Standpunkt voll aufrechtzuerhalten. Diese deutliche Sprache ist, wie der „Schwäb. Merkur“ vermutet, vom Vatikan angeblich verstanden worden. Schon am 4. Juni machte der „Bayerische Kurier“ in auffallendem Druck die ohne Zweifel vom Münchener Nuntius inspirierte Mitteilung, daß es sich bei der päpstlichen Antwort auf die Berliner Suldigungsadresse um eine freie Wiedergabe der Äußerung des Papstes handle, „für die die Kurie keinerlei Verantwortung übernehmen kann“. Und gleichzeitig erhielten die klerikalen „Neuen Züricher Nachrichten“ in derselben Angelegenheit „von kirchlicher Stelle“ die Notiz, „daß päpstliche Rundgebungen nur dann beachtet zu werden brauchen, wenn ihr Wortlaut amtlich festgestellt und publiziert ist; Aussagen von Privatpersonen über solche Rundgebungen kommen nicht in Betracht.“

Die Berliner „Germania“ wirft nun ebenfalls die Frage auf, ob die beiden sehr deutlichen Telegramme des Heiligen Stuhles wirklich das Ergebnis einer Irreführung des Heiligen Vaters und seiner verantwortlichen Ratgeber seien, beantwortet sie aber im Gegensatz zum „Bayerischen Kurier“ und den „Neuen Züricher Nachrichten“ dahin: es sei „vollständig ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl über eine so außerordentlich wichtige Frage sich erst von gestern auf heute orientiert habe und von den beiden Herren, Baron v. Savigny und Pfarrer Beyer, zu einer Rundgebung von so umfassender, weittragender Bedeutung gleichsam sich habe drängen lassen; es handle sich bei dem Gewerkschaftsstreit um eine schwierige theologische Frage, die noch nicht mit einer „allseitig befriedigenden Tiefe und Gründlichkeit behandelt worden ist“. Wir glauben, daß die „Germania“ mit ihrer Auffassung das Richtige trifft. Die Aktion des Papstes ist sicherlich — entgegen den abschwächenden Nachrichten der „Kölner“ Blätter — eine wohlüberlegte. Sie entspricht durchaus dem auf stärkere Betonung des konfessionellen gerichteten Programm des jetzigen Papstes und gehört somit in eine Reihe mit den bekannten Enzyklischen Bins des Zehnten und sonstigen Maßnahmen, die alle im Dienste des Reifages „omnia restaurare in Christo“ stehen. Erblüht der Vatikan — und nach dem

Artikel der „Germania“ ist dies anzunehmen — in dem Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften eine Angelegenheit von weittragender kirchlicher bzw. theologischer Bedeutung, so darf man sich auf langwierige und heftige Auseinandersetzungen gefaßt machen. Rein formell betrachtet, haben die christlichen Gewerkschaften, die ja interkonfessionell sein wollen, keinen Anlaß, jene Aktion des Papstes ernst zu nehmen. Praktisch können sie sich aber nicht auf diesen Standpunkt stellen, da der Einfluß des apostolischen Stuhles hinreichen dürfte, ihnen in der verschiedensten Art und Weise Abbruch zu tun. Deshalb ist die Situation für die Leitung der christlichen Gewerkschaften keineswegs unbedenklich.

Eine soeben publizierte Erklärung des Abitors der römischen Nota, Heiner, bestätigt jetzt, daß der Papst den Verband der christlichen Gewerkschaften zwar noch nicht in aller Form zu verurteilen gedenkt, daß er aber in seinem Bestand eine Gefahr für die ihm angeschlossenen katholischen Arbeitervereine bzw. für die „guten Katholiken“ überhaupt erblickt und mit jenen in Frage stehenden Äußerungen eine ernste Mahnung aussprechen wollte, eine Mahnung, die also streng zwischen den christlichen, interkonfessionellen Gewerkschaften und den ihnen angegliederten katholischen Arbeitervereinen unterscheidet. Die ersteren gibt der Papst offenbar preis, da sie sowieso von der kirchlichen Autorität abheben, die letzteren ermahnt er wohlwollend, sich eines Besseren zu befinden. Die in der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichte Erklärung des Abitors Heiner lautet:

Aber die letzten Auslassungen des Apostolischen Stuhls in Sachen der katholischen Arbeitervereine bin ich in der Lage, folgende authentische Erklärung veröffentlicht zu können: Vor allem ist zu unterscheiden zwischen den Telegrammen des Kardinalstaatssekretärs an die Kongresse in Berlin und Frankfurt am Main, und der Anrede des heiligen Vaters. Letztere mag ihrem wesentlichen Inhalt nach den Ideen der Heiligkeit bezüglich der Beurteilung der Arbeitervereine, die jeder gute Katholik beurteilt, entsprechen, hat jedoch keinen authentischen Charakter und kann deshalb durchaus nicht in Frage kommen oder Gegenstand der Diskussion bilden. Was die Telegramme des Kardinalstaatssekretärs betrifft, so kennt der heilige Stuhl vollkommen den Unterschied zwischen den katholischen Arbeitervereinen einschließlich jener südlischen, östlichen, westlichen, in Frankfurt a. Main versammelt gewesenen Arbeiterverbandes und interkonfessionellen (christlichen Red.) Gewerkschaften. Im übrigen lobt und ermutigt seine Heiligkeit mit gleichem Wohlwollen die verschiedenen katholischen Vereine Deutschlands, die nach den besonderen Bedürfnissen in den verschiedenen Diözesen und Provinzen gegliedert worden sind. Es ist jedoch zu bemerken, daß während die Berliner Arbeitervereine keine Verbindung mit den interkonfessionellen Gewerkschaften haben dies hingegen bei den katholischen Arbeitervereinen des genannten Kartells der Fall ist. Die interkonfessionellen Gewerkschaften, wenn sie auch praktisch zugelassen sind, und deshalb bis jetzt vom heiligen Stuhl nicht verurteilt wurden, können jedoch, da sie als solche von den katholischen Grundbänden und der kirchlichen Autorität abheben, eine Gefahr für ihre katholischen Mitglieder bilden. Daher ist es gekommen, daß während das nach Berlin gerichtete Telegramm nur auf Billigung und Lob lautete, jenes nach Frankfurt gefandte zugleich eine väterliche zeitgemäße Mahnung enthielt, um auf die genannte Gefahr für die guten Katholiken, deren beste Bestimmung der heilige Vater kennt und wofür er wie für die übrigen Gläubigen Deutschlands das größte Wohlwollen hegt, aufmerksam zu machen. Daß vorstehende Erklärung Wort für Wort den Intentionen des Apostolischen Stuhls entspricht, dafür übernehme ich die öffentliche Verantwortung. Heiner, Abitor der römischen Nota.

Die parteipolitische Lage im Reich hat infolge der Ereignisse während der letzten Tagungen des Reichstages zweifellos eine Änderung erfahren. Zunächst ist die Einsicht, daß die bürgerlichen und nationalen Parteien gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Französlinge geschlossen vorzugehen haben, in erfreulicher Weise gewachsen; eine Tatsache, die bei der Erledigung der Heer- und Marinevorlage ihren packenden Ausdruck fand. Zweitens haben sich die Beziehungen zwischen der nationalliberalen Partei und dem Zentrum unter dem Zwang der Verhältnisse gebessert. Der Antrag Wasser- mann-Erzberger bot hierfür die sichtbare Bestätigung. Seitdem werden gerade diese Beziehungen in der Öffentlichkeit eifrig besprochen. Nach den uns vorliegenden Presseberichten stehen sich in dieser Frage im Zentrum zwei Anschauungen gegenüber. Nachdem bereits der Kölner Zentrumsführer Julius Baehm eine Verständigung von Fall zu Fall zwischen seiner Partei und den Nationalliberalen empfohlen hatte, vertrat der Straßburger Historiker Prof. Dr. Martin Spahn auf dem Vertretertag der Windthorstkunde als Referent über die innere politische Lage die gleiche Auffassung. So führte er u. a. nach dem Bericht der „Tremonia“ aus:

„Die momentanen Rückschläge in den Beziehungen der Parteien zueinander können zur Anknüpfung neuer und dauernder Beziehungen führen; die Möglichkeit dazu besteht jedenfalls. Im Augenblick aber muß man sich hüten, sich allzu sehr sicher in dieser Beziehung über die Zukunft zu äußern. Eine gewisse Annäherung zwischen den Nationalliberalen und uns hat ja in letzter Zeit im Reichstag stattgefunden. Es kann das lediglich die physische Wirkung eines Ruhebedürfnisses sein, es kann aber auch zu einer neuen Konstellation führen. Gerade hier im Industriegebiet ist man sich darüber klar, daß die beiden großen Mittelparteien, Zentrum und Nationalliberale, in den letzten Jahren im Vergleich zu der Zeit seit der Mitte der neunziger Jahre mit verkehrter Front gefochten haben. Das war keine natürliche Entwicklung, wie ja das Wahlkompromiß hier im Industriegebiet bestätigt hat. In Kreisen des Zentrums hat man eine Annäherung an den Grundgedanken der Befähigung gefordert, und man ist befriedigt darüber, daß sich das Zentrum

bereit erklärt hat, an einer Befähigung mitzuwirken. Bei den Nationalliberalen machte sich auf der andern Seite Abneigung gegen die Annäherung an die Sozialdemokratie geltend. Aber das sind momentane Stimmungen. Bieweit es in Zukunft möglich sein wird, die frühere Entwicklung wieder herzustellen, nachdem sie einmal durch die Blockpolitik unterbrochen worden war, darüber werden wir uns erst im Laufe der Jahre ein Urteil bilden können.“

Bei aller — im Verkehr der Parteien übrigens ganz selbstverständlichen — Vorsicht wird hier also doch ganz unverblümt von einer „neuen Konstellation“, von einer „Annäherung zwischen den beiden Parteien“ gesprochen. Allerdings äußerten sich auf derselben Tagung zwei andere Vertreter des Zentrums, die Herren Marx und Herold, wesentlich skeptischer. Nach des letzteren Meinung seien die Nationalliberalen ebenso zu betrachten, wie jede andere Partei, ja auch wie die Sozialdemokratie; es hänge ganz von der Situation ab, mit welcher Partei man gerade eine Mehrheit bilden wolle. Wenn die „Kölnische Zeitung“ aus dieser Äußerung den Schluß zieht, daß sehr mächtige Kreise im Zentrum sich vor einer Verbindung mit den Nationalliberalen mehr scheuen, als vor einer solchen mit der Sozialdemokratie, so erscheint diese Auffassung selbst nach den Worten des Abg. Herold nicht ohne weiteres begründet. Merkwürdig ist es allerdings, daß der Führer einer nationalen Partei, die das Zentrum doch sein will, Nationalliberale und Sozialdemokratie für gleich bündnisfähig erklärt. Der notwendigen Annäherung unter den bürgerlichen Parteien wird damit nicht gedient. Im übrigen dürfte solche Äußerungen wohl nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Tatsache ist, daß eine Strömung im Zentrum besteht, die ein erträgliches Verhältnis mit den Nationalliberalen als wünschenswert empfindet.

In der Sitzung der Ersten Kammer vom Dienstag ergriff Geh. Rat Bürlin vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um der Prinzessin Max und dem Prinzen Max sowie dem ganzen Großh. Hause, die durch das plötzliche tragische Hinscheiden des Herzogs Georg von Braunschweig in tiefe Trauer versetzt wurden, die Teilnahme der Ersten Kammer auch hier in öffentlicher Sitzung auszusprechen. Der Präsident Prinz Max von Baden dankte für diesen wohlwollenden Ausdruck der Teilnahme mit herzlichen Worten: „In einer Zeit schwerer Trauer ist das Mitgefühl anderer ein Trost und eine Freude. Ich darf sagen, daß die Prinzessin und ich getragen waren von einer Welle der Teilnahme, die uns vom ganzen Lande entgegenkam. Von besonderem Werte ist mir die Kundgebung dieses Hauses, dem Vertreter aller Stände meines Heimatlandes angehört.“

Oberbürgermeister Dr. Wilkens berichtete sodann für den erkrankten Geh. Kommerzienrat Dr. Reiß namens der Budgetkommission das Budget des Ministeriums des Innern und betonte dabei u. a. folgendes: Dem im anderen Hause zum Ausdruck gelangten Lob der Sparsamkeit, die bei Aufstellung der Anforderungen geübt wurde, könne sich die Kommission nur anschließen, sie müsse aber auch anerkennen, daß das Ministerium des Innern seines Amtes mit größter Gewissenhaftigkeit waltet und im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit seine schwereren Aufgaben zu erfüllen sucht. Diese Anerkennung gelte nicht nur dem Ministerium, sie gelte allen Beamten der inneren Verwaltung. Jahraus, jahrein erfüllten diese Beamten ein großes Stück nützlicher Arbeit. Die Tätigkeit der Amtsvorstände sei eine vielseitige und es verdiene auch das Anerkennung, was sie für die Landwirtschaft getan haben und tun. Es sei durchaus kein alter Jopf, wenn ein Amtsvorstand Vorstand eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins ist. Ein guter Teil der Popularität der Bezirksverwaltungen beruhe gerade darauf, daß die Amtsvorstände in häufigem Verkehr mit den Bezirksangehörigen kommen. Die Bezirksämter leisteten viel auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete. Es sei erfreulich, daß nicht mehr sofort gestraft werde. Wünschenswert sei eine strenge Beaufsichtigung der Kinematographentheater; eine volle Befreiung der Zustände könne auf diesem Gebiete nur auf dem Wege der Reichsengesetzgebung geschaffen werden. Dem Kampfe der Behörde gegen die Schmutz- und Schundliteratur stehe die Kommission sympathisch gegenüber. Die Schaffung der Stelle eines Landeswohnungsinspektors sei zu begrüßen. Die Wohnungspflege sei eine sittliche und hygienische Aufgabe des Staates. Das Haus sei mit dem von dem Herrn Minister vertretenen Standpunkt in Sachen des Raufattes und Pforzheimer Streiks einverstanden. Die Polizei habe bei Streiks Neutralität zu bewahren, sie müsse aber Störung der öffentlichen Ordnung verhindern und die persönliche Freiheit der Arbeitswilligen schützen. So sei auch von der Polizei bei den genannten Streiks verfahren worden. Den Organen der Gendarmerie und der Schutzmannschaft könne für ihre Tätigkeit im allgemeinen ein gutes Zeugnis ausgestellt werden. Sie erfüllen ihre Pflicht, ohne das Publikum zu hart anzufassen. Die Lösung der Frage der Arbeitslosenversicherung sei nur durch das Reich möglich. Was das neue Gemeindevahlrecht anbelange, so bestünde es noch zu kurz, um seine Wirkungen voll überleben zu können, es lasse aber erkennen, daß die Absicht, breite Schichten der Bevölkerung zu der Arbeit an den Gemeinden heranzuzuziehen, erreicht ist. Der Redner vertrat sodann die Anlehnungspolitik der Städte. Auch der nächste Redner, Oberbürgermeister Dr. Winterer, kam auf die Anlehnungspolitik der Städte zu sprechen

und betonte dabei, daß eine Einschränkung der Anlehnungspolitik eine große Gefahr für die Entwicklung der Städte, aber auch ein Nachteil für den Staat bedeuten würde. Prälat Schmittbinner und Freiherr Güler von Ravensburg kritisierten in der Debatte den Fall, daß man in Kleinstadt die Gemeindevahl auf einen Sonntag, den Sonntag für die Konfirmandenprüfung, festgesetzt hatte. Ferner brachte Freiherr von la Roche die Vorgänge bei der Hochnecht-Versammlung am 29. Juli vorigen Jahres zur Sprache und bemängelte es, daß die Versammlung nicht überwacht worden sei. Der Minister des Innern, Freiherr von Bodman ergriff noch in derselben Sitzung das Wort zu längeren Darlegungen, in denen er auf die vom Berichtstatter und in der Debatte berührten Fragen einging. Die bedeutende Rede des Ministers findet sich im Wortlaut in den dieser Nummer beiliegenden Amtlichen Kammerberichten. Die Leser der Politischen Wochenrückblicke seien somit auf deren Lektüre hingewiesen.

Wiederholt hat das ungarische Abgeordnetenhaus in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit der Mitwelt auf sich gezogen. Bei der Durchbringung der Wehrvorlagen ließ sich die Opposition zu Kundgebungen gegen die Regierung hinreißen, die sich in einer Form bewegten, wie sie selbst das heißblütige Temperament der magyarischen Volksvertreter bislang noch nicht gezeitigt hatte. Durch die gewalttätige Entfernung der Inhabitor wurde die Erregung eher gesteigert als gemildert, so daß der Ausbruch von Straßenkundgebungen befürchtet wurde; trotzdem wird die unglückliche Tat des Abgeordneten Cobacs ein psychologisches Rätsel bleiben, ein Wahnsinnsausbruch, wie er in der Geschichte des modernen Parlamentarismus vereinzelt dasteht. — Die Kammerwahlen in Belgien haben zu starker Erregung in den Industriebezirken des Landes Anlaß gegeben. Auch hier griff die Minderheit, nachdem sie sich von der Majorität überstimmt sah, zum Mittel der Gewalt. Nach den letzten Meldungen hat es indessen den Anschein, als ob sich die Gemüter allmählich wieder beruhigten. — In Marokko hat Frankreich noch immer mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, zu neuen großen Ereignissen ist es indessen nicht gekommen. — Auch in Tripolis und den angrenzenden türkischen Provinzen, sowie vor den Dardanellen haben sich keine weiteren kriegerischen Aktionen abgespielt.

(Schluß folgt am Montag.)

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 8. Juni.

Seine königliche Hoheit der Großherzog traf heute vormittag halb 9 Uhr von Schloß Eberstein hier ein.

Von 9 Uhr an erteilte Seine königliche Hoheit den nachgenannten Audienz: einer Abordnung des Verbandstags deutscher Beamtenvereine, bestehend aus dem Ministerialdirektor a. D. Jult in Berlin, dem Landesrat Geheimen Regierungsrat Schmidt in Düsseldorf, dem Vorsteher der Geheimen Kanzlei des Reichsamts des Innern Schulze und dem Geheimen expedierenden Sekretär Seiffert im Reichsjustizamt; ferner dem Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Dörner in Karlsruhe, dem Geheimen Hofrat Professor Dr. von Duhn an der Universität Heidelberg, den Oberamtmännern und Amtsvorständen Dr. Seidenadel in Karlsruhe, Dr. Korn in Waldshut und Willmaier in Buchen, dem Staatsanwalt Sellinger in Mannheim, dem Forstmeister Freiherrn von Schweikhard in Baden, dem Notar Hampe in Gochsheim, dem Pfarrer Meerwein in Turmersheim, dem Professor Dr. Haberer in Griesbach und dem Professor Dr. Partsch an der Universität Freiburg.

Hierauf meldeten sich nachgenannte Offiziere: Major Freiherr von Rensner, Bataillons-Kommandeur im Infanterieregiment Prinz Louis Ferdinand von Preußen (2. Magdeburgisches) Nr. 27, bisher Adjutant der 28. Division, Leutnant von Nicolai im Feldartillerieregiment Großherzog (1. Badisches) Nr. 14 und Leutnant Meyer im 3. Badischen Feldartillerieregiment Nr. 50.

Mittags halb 1 Uhr empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog in Gegenwart des Staatsministers Dr. Freiherrn von Dusch den königlich Schwedischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Grafen Taube im Großh. Palais zur Überreichung seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen Gesandten: von Trolle.

Nachmittags hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge der Geheimräte Dr. Freiherrn von Babo und Dr. von Nicolai sowie des Finanzministers Dr. Rheinboldt.

Um 5 Uhr traf Ihre königliche Hoheit die Großherzogin ebenfalls von Schloß Eberstein hier ein.

Abends 1/2 8 Uhr empfing Ihre königliche Hoheit den königl. Schwedischen Gesandten Grafen Taube und Gemahlin. Anschließend fand Abendtafel im Großh. Palais statt, zu der verschiedene Einladungen ergangen sind.

22. Verbandstag des Verbandes deutscher Beamtenvereine.

Sehr stimmungsvoll verlief das außerordentlich zahlreich besuchte Bankett, das die Stadt gestern Abend im großen Saal der Festhalle für die Mitglieder des zurzeit hier tagenden Verbandes deutscher Beamtenvereine veranstaltete, und dem auch der Minister des Innern, Dr. Frhr. von Bohnen, Finanzminister Dr. Rheinboldt, Minister des Kultus und Unterrichts Dr. Böhm, ferner der preussische Gesandte von Eisenacher, der Stadtrat der Residenz mit Oberbürgermeister Siegrist an der Spitze u. a. bewohnten. Stadtrat und Reichstagsabgeordneter Kölsch entbot den aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes herbeigekommenen Gästen im Namen der Stadt herzlichen Gruß und Willkommen. Karlsruhe sei heute, wo Hunderte der Vereinsmitglieder hier seien, in der Tat eine „Beamtenstadt“. Die Bürger freuten sich sehr, denn sie wählten die Bedeutung des Standes zu schätzen, wählten auch, daß nur der Staat und die Gemeinde gut verwaltet würden, die ein auskömmlich bezahltes, wohl organisiertes Heer von tüchtigen Beamten haben. Auf den deutschen Beamten sei der Bürger stolz, er vertraue ihm und wisse, wie sehr das Ausland uns um unseren unantastbaren, tüchtigen Beamten neide. Redner schloß mit einem Hoch auf Kaiser und Großherzog. Finanzrat Zimmermann brachte im Namen des Festausschusses das zweite, den auswärtigen Gästen geltende Hoch aus. Der Verbandsvorstand, Direktor im Reichsamt des Innern Just, gab den warmen Dank der Gäste für die herzliche Aufnahme Ausdruck, welche die diesmalige Tagung zu einem der schönsten gemacht habe und teilt mit, daß der Verband hoffe, bei der nächsten turnusmäßigen Wahl auch Baden in den Gesamtvorstand eintreten zu sehen. Sehr geeignet würde ihm die Person des Herrn Oberrechnungsrat Weiler erscheinen. Redner schloß mit einem Hoch auf die Stadt Karlsruhe und das ganze badische Land. Musik- und Gesangsvorträge der Leibregimentkapelle, der Herren Meißner und Maier und der „Liederhalle“ sowie von Mitgliedern des „Männerturnvereins“ gestellte Marmorgruppen erfreuten Ohr und Auge der Gäste.

Nachdem bereits am gestrigen Freitag Sitzungen der einzelnen Zweiganstalten des Verbandes vorausgegangen waren, fand heute vormittag im kleinen Saal der Festhalle die ordentliche Hauptversammlung statt. Gegen 10 Uhr erklärte der 1. Vorsitzende des Verbandes, Direktor im Reichsamt des Innern a. D. Just-Berlin, den 22. Verbandstag für eröffnet und begrüßte den Vertreter der Großh. Regierung, Finanzminister Rheinboldt, den Landeskommissar Geh. Oberregierungsrat Flad und als Vertreter der Stadt Oberbürgermeister Siegrist. Vertreten waren 98 Vereine mit 1074 Stimmen. Finanzminister Rheinboldt richtete hierauf folgende Begrüßungsansprache an die Verbandstageilnehmer:

Ich habe die Ehre, im Namen des Großh. Staatsministeriums den zu seiner 22. Tagung hier versammelten Verband deutscher Beamtenvereine zu begrüßen und in unserem Lande herzlich willkommen zu heißen. Es ist das erstmal, daß wir die Freude haben, Sie bei uns empfangen zu dürfen, und es ist daher, wie dies bei Menschen, die sich zum erstenmal begegnen, der Fall zu sein pflegt, das Interesse, das wir Ihnen und Ihren Arbeiten entgegenbringen, ein besonders lebhaftes und großes.

Sie haben mit Ihrer außerordentlich reichhaltigen und hochbedeutenden Tagesordnung für die diesige Tagung einen Empfehlungsbrief bei uns abgegeben, der von uns hochgeachtet wird und uns die uneingeschränkte Geschäftsführung für Ihre Organisation und Ihre Bestrebungen abnötigt. Auch Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben allerhöchste Sein Interesse für die Tätigkeit des Verbandes dadurch kundgegeben, daß er die Gnade gehabt hat, Ihren Vorstand zu empfangen.

Ihr Verband vereinigt in sich die verschiedensten Gruppen von Beamten: Reichs-, Staats-, Kommunal- und kirchliche Beamte, Hofbeamte, Beamte öffentlicher Verbände u. a. m., Gruppen, die in ihrer beamtenrechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung und ihrer beruflichen Aufgabe sich wesentlich von einander unterscheiden, dabei aber doch, vermöge der Eigenart jeder Beamtenstellung, die hauptsächlich in der Abklärung des Wertes und Erfolges der eigenen Arbeit an einen anderen gegen eine fest bemessene Gegenleistung sich kennzeichnen, viele Interessen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, gemeinsam haben. Die Zusammenfassung der gesamten vielgestaltigen Deutschen Beamtenenschaft, die in eine erschreckend große Zahl kleiner und kleiner, ihrer Sonderbestrebungen nachgebender Vereine zerklüftet ist, in Ihrem Verband zur Pflege der großen, gemeinsamen Interessen ist eine achtunggebietende Organisation!

Die große Bedeutung der Beamtenchaft für das Staatsganze ist allgemein anerkannt. Die Staatsbeamten sind die Organe, durch die die Lebensäußerungen des Staatsorganismus in die Erscheinung treten. Ein gesunder, fruchtiger und pflichtbewußter, in allen Lagen unbedingt zuverlässiger Beamtenstand ist die oberste Voraussetzung für eine gesunde und gedeihliche Weiterentwicklung des Staatsorganismus. Wir dürfen es mit Stolz sagen, daß diese Voraussetzung in Deutschland voll gegeben ist — für Baden weiß ich das aus unmittelbarer Wahrnehmung — und wir dürfen bei der Sorgfalt, die alle Regierungen der Erhaltung und Neubildung Ihrer Beamtenkörper angedeihen lassen, die beruhigende Zuversicht haben, daß es auch in Zukunft so bleiben wird.

Die Bedeutung der Beamtenchaft im Staatsleben wächst von Jahr zu Jahr, da die stetig und unaufhaltsam zunehmende Ausdehnung der staatlichen und kommunalen Tätigkeit auf allen Gebieten das Heer der Beamten immer mehr anschwellen und den Personalsatz der arbeitenden Bevölkerung der auf die Beamten entfällt, immer mehr zunehmen läßt. Dieses gewaltige Anwachsen der Zahl erhöht auch die Macht der Beamtenchaft im Staat und ihren politischen Einfluß, sie erhöht aber auf der andern Seite auch die Verantwortung dafür, daß diese Macht nicht mißbraucht, insbesondere nicht zur Verfolgung eigner oder anderer Interessen gebraucht wird. Das verlangt die Gerechtigkeit erweisen den anderen Berufsklassen, das verlangt aber vor allem die Zweckbestimmung der Beamteninstitution, die dazu bestellt ist, dem Staatsganzen zu dienen

und die danach ihre Interessen stets denen der Allgemeinheit unterzuordnen hat.

Die Beamtenfrage ist eine der schwierigsten der modernen Staaten geworden. Regierungen und Volksvertretungen sind sich ihrer Pflicht, die materielle Lage ihrer Beamten und der Beamtenhinterbliebenen in jeder Hinsicht zu sichern, voll bewußt, sie sind sich bewußt, damit auch den Interessen des Staates zu dienen, da nur ein arbeitsfreudiger, von materiellen Sorgen tunlichst wenig belasteter Beamtenstand seiner verantwortungsvollen Aufgabe voll und mit Erfolg sich hingeben kann. Sie suchen dieser Pflicht mit Ernst und bestem Willen nach Maßgabe der ihnen gegebenen Möglichkeiten dauernd gerecht zu werden. Es sind enorme Summen, die die Staaten für diesen Zweck aufbringen. Trotzdem bleiben aber noch mancherlei Bedürfnisse bestehen, die ihre Befriedigung durch den Staat nicht oder nicht in dem gewünschten Maße finden können. In diese leider unabweidlichen Lücken tritt nun Ihr Verband mit seiner starken Organisation ein, indem er in wohlthuendem Gegensatz zu vielen Beamtenvereinen, die alles und jedes vom Staate verlangen, die Beamten für alle die Fragen, deren Lösung der Staat nicht auf sich nehmen kann, auf den Weg der Selbsthilfe führt und sie in der Verfolgung dieses Weges kräftig unterstützt.

Der Verband entfaltet eine Tätigkeit, die sowohl dem Staate und den Kommunen wie dem Beamtenstand von unschätzbarem Werte ist. Sie fördert vor allem die Erkenntnis, daß der Beamte sich nicht ganz und gar der Sorge um seine Existenz entziehen und diese in allen, auch untergeordneten Dingen lediglich seinem Arbeitgeber überlassen darf, sondern daß er auch für sein Teil mitarbeiten muß an der Hebung seines Standes und an der Sicherung der Zukunft seiner Angehörigen unter Benützung der vielen in der modernen Wirtschaftskorruption gegebenen Hilfsmittel, die Ihr Verband ihm zugänglich macht. Dadurch wird das Selbstgefühl und die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit des Beamten gefördert, die Achtung des Beamtenstandes bei dem übrigen Teil der Bevölkerung, der den einseitigen Interessenkampf mancher Beamtenvereine gegen die Staatsverwaltung begreiflicherweise nicht immer sympathisch verfolgt, erhöht und der Beamtenstand auf die Höhe gehoben, auf der wir ihn alle stets zu sehen wünschen.

Wir haben hiernach allen Anlaß, Sie in dieser verdienstvollen und segensreichen Tätigkeit zu fördern und Ihnen die besten Erfolge zu wünschen. Ihr Verband hat zu den Kreisen unserer Staatsbeamten noch sehr wenig Beziehungen gefunden. Ich wünsche von Herzen, daß die starke Werkkraft Ihrer schönen Bestrebungen ihre Wirkung auch bei unsen Beamten nicht verfehlen möge und daß das Gastrecht, das wir dem Verband mit Freude heute gewähren, sich bald in ein vielfach gegründetes Seimatsrecht verwandelt. Mögen die Beratungen Ihres 22. Verbandstages Sie Ihren schönen Zielen ein gut Stück näher bringen zum Wohle und zur Ehre der deutschen Beamtenchaft!

Oberbürgermeister Siegrist bewillkommnete die Erschienenen als Stadtoberhaupt der Residenz in einer Ansprache, auf die wir noch zurückkommen, worauf der Vorsitzende Just den beiden Rednern herzlichen Dank entbot. An den Großherzog, den Kaiser und die Großherzogin Luise wurden Guldigungstelegramme geschickt. Von Erzherzog Bernuth, dem Ehrenmitglied des Verbandes, kam ein Schreiben zur Verlesung, in dem er dem Verband weiteres gesegnetes Wirksamkeit wünscht. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten folgten Vorträge der Herren Professoren Joseph Meßger, Direktor der Hochschule in Karlsruhe, über „Wandlungen im Wesen des Beamtenstandes“, und Dr. Nietner, Generalsekretär des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, über „Tuberkulose im Mittelstande“. — Zum Ort der nächsten Hauptversammlung wurde Koblenz gewählt.

Eine Deputation des 22. Verbandstages des Verbandes deutscher Beamtenvereine legte gestern im Mausoleum am Sarge Friedrichs I. einen Kranz nieder.

**** Schenkungssteuer.** Zur Beseitigung mancher Schwierigkeiten und Zweifel, die sich ergeben hatten, hat der Bundesrat kürzlich sein Einverständnis damit erklärt, daß von Finanzwendungen, die zu ausschließlich kirchlichen, mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken aus öffentlichen Mitteln oder aus den Mitteln solcher juristischen Personen oder ihnen gleichzuachtenden Personengemeinschaften gemacht werden, welche Zwecke der bezeichneten Art verfolgen, keine Schenkungsabgabe erhoben werde.

Dieser Beschluß geht im Entgegenkommen gegenüber den in solchen Fällen anwendbaren Willkürerwägungen weiter als die bisherigen Bestimmungen, die sich mit diesem Gegenstand befaßten. Nach diesen früheren Vorschriften konnten nur solche Zuwendungen steuerfrei gelassen werden, die von Kirchen oder von juristischen Personen herrührten, die ausschließlich kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgten. Der neue Beschluß umfaßt dagegen die Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln sowie aus den Mitteln von juristischen Personen oder ihnen gleichzuachtenden Personengemeinschaften, die kirchliche, mildtätige oder gemeinnützige Zwecke verfolgen. Zu den Personengemeinschaften im Sinne des neuen Beschlusses gehören insbesondere auch die nicht rechtsfähigen Vereine (wie z. B. der Bonifatiusverein).

Auch konnte nach den bisher geltenden Vorschriften die Steuerfreiheit nur gewährt werden, wenn die Zuwendungen aus Vermögen gemacht wurden, das dem Zuwendenden nachweislich leibwillig oder schenkweise zugewendet worden war, und es bezog sich der Beschluß dementsprechend nur auf die Weitervergabe solchen Vermögens. Nach dem neuen Beschluß dagegen kommt es auf die Herkunft des zugewendeten Vermögens nicht an und es können daher — wenn die Voraussetzungen des Beschlusses zutreffen — auch erstmalige Zuwendungen steuerfrei gelassen werden.

**** Am 7. Juni ist der Güterzug 7891 bei Einfahrt in die Station Speyerhofen infolge unzeitiger Weichenstellung entgleist.** Verletzt wurde niemand. Beide Hauptgleise waren bis zum Abend gesperrt. Der Personenverkehr wurde durch Umleitungen unbeschadet erhalten.

Mannheim, 7. Juni. Das Luftschiff „Schütte-Lanz“ stieg heute morgen gegen 8 Uhr mit der ständigen Besatzung zu einer Versuchsfahrt auf, die zur weiteren Erprobung der verschiedenen Steuerorgane gemacht wurde. Die Fahrt wurde bis

Neustadt a. d. G. und Speyer ausgedehnt. Die Landung in Mannheim erfolgte um 8 Uhr 50 Minuten.

Sohenhausen, A. Weisheim, 8. Juni. Dieser Tage wurde in hiesiger Gemeinde das 50jährige Amtsjubiläum des ersten Hauptlehrers, Herrn B. Schulz, mit großer und warmer Teilnahme gefeiert.

Eberbach, 7. Juni. Zum Mord auf dem Rasenbuckel ist noch zu melden: Nachdem der Mörder Beutel, der jetzt im Eberbacher Ortsgefängnis untergebracht ist, ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, hat endlich auch sein Komplize Krebs sein hartnäckiges Leugnen aufgegeben. Er hat eingestanden, B. zu dem Mord angestiftet zu haben. Die Beutel weiter gestand, hatten die beiden Mörder die Absicht, die Leiche des ermordeten Studenten in einen Steinbruch zu werfen, aber irgendwo im tiefen Walde zu begraben.

Baden-Dos, 8. Juni. Das Luftschiff „Schwaben“, das heute morgen 7.05 Uhr in Frankfurt a. M. zu einer Passagierfahrt nach Baden-Dos aufgestiegen war, hat um 9.40 Uhr Karlsruhe passiert und ist 10.30 Uhr glatt vor der Halle gelandet.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 8. Juni. Der Kaiser ernannte den König von Bulgarien zum Chef des 4. Thür. Infanterie-Regiments Nr. 72 und verlieh dem Ministerpräsidenten Gschow das Großkreuz des Roten Adlerordens, dem hiesigen bulgarischen Gesandten Gschow den Kronorden erster Klasse, dem Generaladjutanten Marlow den Roten Adlerorden erster Klasse und dem Chef des bulgarischen Eisenbahnwesens Morphow den Roten Adlerorden zweiter Klasse.

Osnabrück, 8. Juni. Das Militärluftschiff „S. 111“, das heute nacht 12 Uhr 45 Min. in Hamburg aufgestiegen war, um, wie man vermutet, eine 30stündige Abnahmefahrt zu absolvieren, hat heute früh 3¼ Uhr Wilhelmshaven überflogen und wurde halb 6 Uhr über Bewsum im Landkreis Emden, 6 Uhr in Larrelt und 7 Uhr 15 Min. in Meppen gesichtet. Nach einer Meldung aus Osnabrück hat das Luftschiff um 8 Uhr 30 Min. Venzheim in der Richtung nach Süden passiert.

Cherbourg, 8. Juni. Das Unterseeboot „Bend mairé“ ist mit dem Kreuzer „Saarlouis“ zusammengestoßen und von demselben entzwei geschnitten worden. Das Unterseeboot sank und fiel auf den 50 Meter tiefen Meeresgrund. Einzelheiten fehlen noch.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juni	Barom mm	Therm. in C.	Abst. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Wimm
7. Nachts 9 ⁰⁰ U.	748.9	16.5	12.1	86	WSW	Regen
8. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	751.6	15.9	11.0	82	W	heiter
8. Mittags 2 ⁰⁰ U.	751.2	22.2	9.2	46	WSW	„

Höchste Temperatur am 7. Juni: 25.0; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 15.7.

Niederschlagsmenge, gemessen am 8. Juni, 7⁰⁰ früh: 8.4 mm.

Wasserstand des Rheins am 8. Juni, früh: Schusterinsel 2.60 m, gestiegen 5 cm; Rehl 3.33 m, gefallen 2 cm; Magau 4.88 m, gefallen 4 cm; Mannheim 4.21 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Voller Freude

teilen wir Ihnen mit, daß unser Otto jetzt ganz allein läuft. Wir hatten anfangs des Jahres nicht gedacht, daß unser Kind noch zum Laufen käme, denn es vermochte damals, 1½ Jahre alt, noch nicht sich ohne Hilfe aufzurichten. Besorgt um das Kind, gaben wir ihm eine Zeitung Ihr bekanntes Kinderkräftigungsmittel

SCOTT'S Emulsion

und konnten in der Tat bald merken, daß Otto allmählich zu Kräften kam. Wir sahen deutlich, wie seine Knochen kräftiger wurden; der Appetit wurde vorzüglich und das Aussehen des Kleinen von Woche zu Woche frischer. Sobald er sich seiner Kraft bewußt war, begann er seine Gehversuche. Heute läuft er munter umher und nimmt seine Scott's Emulsion gerade so gern wie am Anfang.

(G.) H. Schreiber, Aufst. bei Hofheim, Niderrh., 20. Sept. 1910.

Beim Einkauf verlange man ausdrücklich Scott's Emulsion. Es ist die Marke „Scott“, welche seit über 30 Jahren eingeführt, für die Güte und Wirkung bürgt.

Scott's Emulsion wird von uns ausschließlich im großen Verkauf, und zwar wie folgt: Großhandel über alle Städte, nur in bezüglichen Originalflaschen in kleinen mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestellort: Berliner Medizinisch-Vertrieb 1909, Berlin, Chaussee 60, unterpostfachnummer 247, unterpostfachnummer 247, hild. Pragam 30, Gemüßer arab. Gemüßer hild. 20, Wasser 129,9, Hildobol 117, Gierke armatliche Emulsion mit Hilt, Brandel und Gantzerleil je 2 Tropfen.

Hôtel NATIONAL

Größter Komfort der Neuzeit

Park — Tennis

C.341 Deutsche Leitung.

En gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail.

Größtes Spezialgeschäft in Bekleidungs-, aller Arten Bekleidungs-, Kassementieren, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Strümpfen, Armbüsten, Fächern, Sporthaken, Mützen

Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 872

Blusen, Unterröcke usw. sehr preiswert. C.44

Deutscher Frauenverein vom Roten Kreuz
 für die Kolonien.  Abteilung Karlsruhe
 Dienstag den 11. Juni im Stadtgarten

Rosen-Fest
 zum Festen des vom Landesverband Baden zu er-
 wählenden Krankenhauses (Hilfshaus) in Kamenun.
 Beginn 6 Uhr nachmittags.

Großes Konzert
 der gesamten Kapelle des Bad. Leib-Grenadier-
 Regiments unter Leitung des Stgl. Musikmeisters
 Herrn Bernhagen.
 Zwischendurch im kleinen Festhalle - Saale:
Bunter Abend
 (unter Mitwirkung von Direktor Konrad Dreher-
 München u. Fritz Romeo-Karlsruhe, Complots
 und humorist. Vorträge)
Tanz
 Reparation zu gewöhnlichen Preisen. Abgehender Verkauf
 von Postkarten und dergl. findet nicht statt.
 Nur Rosen werden zum Verkauf ausgesetzt wer-
 den. — Es wird gebeten, sich mit Rosen zu schmücken
Eintritt 1 Mt. Die Abonnenten des Stadtgartens
 erhalten die übliche Ermäßigung von
 0.30 Mark. C.894
 Für den Besuch des Bunter Abends im kleinen Festhalle-
 Saale wird ein besonderes Eintrittsgeld (nummerierter
 Platz 2 Mt., nichtnummerierter Platz 1 Mt.) erhoben. Ver-
 kauf der Eintrittskarten während des Konzertes. Ein Vor-
 verkauf findet nicht statt.
 Bei ungünstiger Witterung wird eine Verschiebung der
 Veranstaltung vorgenommen und an den Anschlagtafeln
 davon Mitteilung gemacht.

Sanatorium Alpirsbach
 bei **Freudenstadt** (Schwarzwald) C.776
 für Nervenleiden und innere Krankheiten
 Prospekte. Besitzer und leitender Arzt: **Dr. Würz.**
 Das ganze Jahr geöffnet!

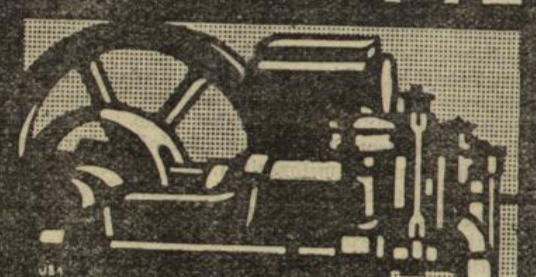
Carolabad
 Fremdenzimmer für Touristen Mk. 2,50 inkl. Früh-
 kaffee. Anerkannt gute Verpflegung. Separatdiner
 in jedem Arrangement. — Kurkonzerte. — Grosse
 Festhalle für Privatgesellschaften. — **Mineralschwim-
 mädler.** — Rappoltsweller Telephon Nr. 5. C.68

Nordseebad Scheveningen
 via Emmerich
 Man verlange **Prospekt.**

Blutarme, Zuckerkrank, Darmleidende
 essen, um zu gesunden, das
Echte Kasseler Simonsbrot
 (Malzkornbrot)
 große Laibe 55, kleine 28 Pfg.
 bei C.724
Herm. Munding, Hofl.
 Kaiserstrasse 110.
 Prompter Versand nach auswärts. Packung frei.

Beste und billigste Bezugsquelle für
**Trauer-, Kinderleichen- und
 Sanitäts-Wagen.**
 Lieferung als **Spezialität** zu sehr annehmbaren Preisen durch die
 bedeutende und sehr leistungsfähige Wagenfabrik von
Conrad Hörger, Lorch (Württ.)
 Beste Referenzen und Bauzeichnungen.

Materialien für Steinputz
 Kunststeinmischungen C.734
 Vorsatzmasse empfiehlt in bester
 wetterbeständiger Ware
Otto Leube, Ulm a. D.

**Gasmotoren-Fabrik Deutz
 KARLSRUHE**
Deutzer

**Patent-Naphtalin
 MOTOREN**
 beschränken die Brennstoffkosten auf
 ein Minimum bei mässigen Anlagekosten
Unübertroffen billiger, einfacher Betrieb

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe
**Die Standorte der
 eisenverarbeitenden Industrien
 am Oberrhein**
 Von **Dr. Ernst Roscher**
 (Volkswirtschaftl. Abhandlungen der badisch. Hochschulen.
 Neu Folge. Heft 3.)
 Preis im Abonnement M. 1.50
 im Einzelverkauf M. 1.80
 Außer für den Nationalökonomien und Wirt-
 schaftspolitiker hat diese Schrift besonderes Inter-
 esse für Eisen- u. Metallgießereien, Stahlwerke,
 Kessel- und Ofenfabriken, Armaturen-, Werk-
 zeug- und Maschinenfabriken aller Art, besonders
 für solche am Oberrhein, ferner für Verkehrs- und
 Wasserbautechniker, Binnenschiffahrts-Inter-
 essenten usw. V.27
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag

Gesunde Kinder
 sind
 frohe und heitere Kinder.
Glückliche Eltern
 die keine kranken Kinder besitzen!
Gesunde Nahrung
 sorgt für gutes Blut. Die sorgsame Haus-
 frau wird großen Wert auf erstere legen.
 Große Auswahl von reinen Nahrungs- und
 Kräftigungsmitteln im C.645
Reformhaus Neubert, Kaiserstraße 122,
 Filiale: Kaiserstraße 87.

**Sämtliche Impressen für
 freiwillige Feuerwehren**
 Stammsliste, 4seitig, das Stück 10 Pfg., Einleitungs-
 Journale, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Bestandsverände-
 rung, 4seitig, das Stück 8 Pfg., Personalien über die
 zur Dekorierung für langjährige Dienstzeit vorgeschlagenen
 Feuerwehrmänner, 4seitig, das Stück 15 Pfg., Impressen
 für Besichtigungsprotokolle, 2seitig, das Stück 10 Pfg. C.2.V
 Zu beziehen vom
**Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei
 in Karlsruhe, Karlsruhstraße 18.**

**Warenzeichen-
 Spezialist** G. m. b. H.
BERLIN SW. 31
 Gitschinerstraße 109

Einziges Institut der Welt,
 welches eine Vorprüfung von
 Warenzeichen hinsichtlich der Ein-
 tragsfähigkeit vorzunehmen und
 das Prüfungsergebnis am Tage
 des Eingangs der Anfrage be-
 kannt zu geben vermag.
Garantie:
 An Hand höchst eigenartiger
 Archive, welche alle für die Prü-
 fung notwendigen Unterlagen ent-
 halten und die nur diesem Institut
 zur Verfügung stehen, ist dasselbe
 in der Lage, eine Vorprüfung der-
 art präzis vornehmen zu können,
 daß es sich erietet, das Honorar
 zurück zu zahlen, wenn eine für
 schutzfähig erklärte Marke nicht
 eingetragen werden sollte.
 Das wertvollste Objekt einer
 Firma ist eine geschützte Marke

Vertreter
 überall gesucht.
 C.876

**Schlauch-
 Reparatur-
 Mittel**
 „Original Ziglin“
 gesetzlich geschützt.
 Anerkannt bestes und
 einfachstes Repara-
 turmittel für Schläuche
 aller Art.
**Garantie für unbe-
 dingte Haltbarkeit.**
 Postdose samt
 Zubehör Mk. 9.50 ab Fabrik
Albert Ziegler,
 Schlauchfabrik
Giengen a. Brenz.

Kgr. Sachs.
**Technikum
 Mittweida**
 Direktor: Professor Holzst.
 Höhere technische Lehranstalt
 für Elektro- u. Maschinentechnik.
 Sonderabteilungen für Ingenieure,
 Techniker u. Werkmeister,
 Elektrot. u. Masch.-Laboratorien,
 Lehrfabrik-Werkstätten.
 86. Schulj.: 8610 Besucher.
 Programm etc. kostenlos
 v. Sekretariat.

Bucherer
 empfiehlt in seinen
 sämtlichen Filialen
 aus direktem Wagon
**Malta-
 Kartoffeln**
 beste rotedige Qualität
 3 Pfund 45 Pfg.
**Korfu-
 Kartoffeln** C.866
 besonders zu Salat und
 zum Köstchen geeignet,
 3 Pfund 45 Pfg.
**Italiener
 Kartoffeln**
 3 Pfund 35 Pfg.
frische Gurken
 Stück von 18 Pfg. an.

Gelegenheitskauf.
Salon - Flügel
 von C.853
Schiedmayer & Söhne
 wenig gebraucht wird
 äußerst billig abgegeben
Pianohaus J. Kunz
 Karlsruhe,
 Karlsruhstraße 21.

Ferienaufenthalt.
 Schöngelagene Schwarz-
 wald-Ferienhaus nimmt Kin-
 der über die Ferien auf.
 Pensionspreis 3.50-4 Mark.
 Näheres unter C. 890 durch
 die Expedition dieser Zeitung.

Emil Schmidt & Cons.
 Telefon 70

**Bäder
 Toiletten**
 Ingenieure
 für sanitäre
 Anlagen
 Heilwasserbereitung
 Ausstellungsstr. Kaiserstr. 209
 Techn. Bureau: Hebelstr. 3

Dürgerliche Rechtspflege.
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 B.793.2.1 Bilingen. Auf die
 Klage des Hoflieferanten Paul
 Teufel in Stuttgart gegen
 den an unbekanntem Ort
 abwesenden Photographen W.
 Person, zuletzt wohnhaft in
 Bilingen, wegen Forderung,
 wurde in der Sitzung Großh.
 Amtsgerichts hier vom 1. ds.
 Mts. der Termin zur münd-
 lichen Verhandlung auf
 Dienstag den 30. Juli ds. Jrs.,
 vormittags 9 Uhr,
 verlegt.
 Hierzu wird der Beklagte
 geladen.
 Bilingen, 5. Juni 1912.
 Gerichtsschreiber Gr. Amts-
 gerichts.

B.767. Bretten. Das Kon-
 kursverfahren über das Ver-
 mögen des Schuh- und Kolo-
 nialwarenhandlers Wilhelm
 Wbl in Neßlingen wurde nach
 Abschluß eines rechtskräftig
 bestätigten Zwangsvergleichs
 aufgehoben.
 Bretten, den 4. Juni 1912.
 Gerichtsschreiber Gröhs.
 Amtsgerichts.

Bekanntmachung.
 B.790. Ettlingen. Auf An-
 trag der Erben wird die Ver-
 waltung des Nachlasses der
 Urmutter August Drenthöfer
 Ehefrau Amalie geb. Speidel
 in Ettlingen angeordnet.
 Nachsagent Albert Bur-
 mann in Ettlingen wird als
 Nachlassverwalter bestellt.
 Die Gläubiger werden auf-
 gefordert, etwaige Forderungen
 an den Nachlass beim
 Verwalter anzumelden.
 Ettlingen, 3. Juni 1912.
 Großh. Notariat I als Nach-
 lassgericht.

B.784. Forzheim. Im Kon-
 kursverfahren über das Ver-
 mögen des Sägewerksbesitzers
 Gottlob Berner in Forzheim-
 Ettlingen ist Termin zur Ab-
 nahme der Schlussrechnung,
 zur Erhebung von Einwen-
 dungen gegen das Schlussver-
 zeichnis und zur Festsetzung
 der Gebühren und Auslagen
 der Mitglieder des Gläubiger-
 ausschusses bestimmt auf
 Dienstag den 2. Juli 1912,
 vormittags 9 Uhr,
 vor Gr. Amtsgericht Forz-
 heim, 2. St., Zimmer Nr. 18.
 Die Gebühren und Ausla-
 gen des Verwalters wurden
 vom Gericht auf 1200 M. fest-
 gesetzt.
 Forzheim, 3. Juni 1912.
 Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgerichts A. II.

B.792. Triberg. Im Kon-
 kursverfahren über das Ver-
 mögen des Maschinenfabrikanten
 Ferdinand Fundstein in Tri-
 berg wurde von Großh. Amts-
 gericht I hier der Zwangsver-
 gleichstermin auf 13. Juni
 1912 verlegt auf
 Montag, den 1. Juli 1912,
 vormittags 9 1/2 Uhr.
 Der eingereichte weiterge-
 hende Vergleichsvorschlag ist
 auf der Gerichtsschreibererei
 hier niedergelegt.
 Triberg, den 7. Juni 1912.
 Der Gerichtsschreiber Gröhs.
 Amtsgerichts.